

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jürgen Türk, Joachim Günther (Plauen),
Dr. Karlheinz Gutmacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/327 –**

Extremistische Gewalttaten in Deutschland im Jahr 2002

Vorbemerkung der Fragesteller

Nach wie vor kommt es in Deutschland zu zahlreichen extremistischen Gewalttaten, verbunden mit der Verletzung oder sogar Tötung von Menschen sowie schweren Sachbeschädigungen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Mit Wirkung vom 1. Januar 2001 wurde die, bis dahin am Extremismusbegriff ausgerichtete, Erfassung von Staatsschutzdelikten auf das neue Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) umgestellt. Zentrales Erfassungskriterium des neuen Meldesystems ist die politisch motivierte Tat. Als politisch motiviert gilt eine Tat insbesondere dann, wenn die Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung oder ihres äußeren Erscheinungsbildes und ihres gesellschaftlichen Status richtet. Die erfassten Sachverhalte werden im Rahmen einer mehrdimensionalen Betrachtung unter verschiedenen Gesichtspunkten bewertet. Hierbei werden insbesondere Feststellungen zur Qualität des Delikts, zur objektiven thematischen Zuordnung der Tat, zum subjektiven Tathintergrund, zur möglichen internationalen Dimension der Tat und zu einer ggf. zu verzeichnenden, extremistischen Ausprägung der Tat getroffen. Dementsprechend bilden erfasste extremistisch motivierte Straftaten nunmehr eine Teilmenge der politisch motivierten Straftaten.

Diese differenzierte Darstellung ermöglicht eine konkret bedarfsorientierte Auswertung der Daten und bildet damit die Grundlage für den zielgerichteten Einsatz geeigneter repressiver und präventiver Bekämpfungsmaßnahmen.

Die nachfolgenden Zahlenangaben stehen unter dem Vorbehalt, dass die Erfassung der für das Jahr 2002 von den Bundesländern nach dem 31. Dezember

2002 nachgemeldeten Delikte noch nicht abgeschlossen ist und es infolgedessen noch zu Veränderungen der Jahresabschlusszahlen kommen kann. Die Bundesregierung veröffentlicht diese, gemäß Beschlussfassung der Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder vom 10. Mai 2001, nach Abstimmung mit den Ländern im sog. Jahreslagebild.

Dies vorausgeschickt, werden die Fragen im Einzelnen wie folgt beantwortet:

1. Wie viele Straftaten haben Extremisten im Jahr 2002 begangen, und wie viele davon waren rechts- bzw. linksextremistisch motiviert?

Im Jahr 2002 wurden insgesamt 12 364 politisch motivierte Straftaten begangen, die zugleich als extremistisch eingestuft wurden. Hiervon wurden 1 096 Straftaten dem Phänomenbereich – links, 10 579 Straftaten dem Phänomenbereich – rechts, 533 Straftaten dem Phänomenbereich politisch motivierte Ausländerkriminalität und 156 Straftaten dem Bereich „Sonstige“ zugeordnet.

2. Wie viele der Straftaten sind als Gewalttaten zu bewerten, und wie viele davon gehen auf das Konto von Rechts- bzw. Linksextremisten?

Insgesamt wurden 1 160 extremistisch eingestufte politisch motivierte Gewaltdelikte gemeldet. Hiervon wurden 371 Gewaltdelikte im Phänomenbereich PMK – links, 725 Gewaltdelikte im Phänomenbereich PMK – rechts, 55 Gewalttaten im Phänomenbereich politisch motivierte Ausländerkriminalität und 9 Gewalttaten im Bereich „Sonstige“ erfasst.

3. Welchen Themenfeldern sind die Gewalttaten zuzuordnen?

Linksextremistische Gewaltdelikte wurden überwiegend folgenden Themenfeldern*) zugeordnet:

gegen Rechts	Sicherheitsbehörden	Antifaschismus	Hasskriminalität	BT-Wahlen
194	126	80	51	29

Rechtsextremistische Gewaltdelikte wurden überwiegend in folgenden Themenfeldern erfasst:

Fremdenfeindlichkeit	Nationalsozialismus	gegen Links	gegen Ausländer	gegen sonstige politische Gegner
421	135	141	114	53

* Im Bereich der Themenfelder sind Mehrfachzuordnungen einer Straftat möglich und im Sinne einer aussagekräftigen Abbildung von Motivationslage und Tathintergrund sachdienlich.

4. In welchen Bundesländern gab es die meisten rechts- bzw. linksextremistischen Gewalttaten (bitte die ersten fünf mit Namen und Zahl auflisten)?

Extremistische Gewaltdelikte 2002 aufgeschlüsselt nach Bundesländern:

Bundesland	Extremistische Gewalttaten	
	links	rechts
BB	20	76
BR	74	42
BW	28	50
BY	21	47
HB	4	7
HE	28	21
HH	8	13
MV	0	8
NI	40	97
NW	29	76
RP	2	20
SH	44	53
SL	1	10
SN	49	89
ST	17	62
TH	6	54
Summe	371	725

5. Sind bei den tätlichen Übergriffen von Extremisten in diesem Jahr Menschen verletzt bzw. getötet worden, und wenn ja, wie viele?

Im Jahr 2002 wurde kein vollendetes Tötungsdelikt infolge einer extremistischen Straftat gemeldet.

Im Phänomenbereich – links – wurden 150 Personen in Folge einer extremistischen Straftat verletzt.

Im Phänomenbereich – rechts – wurden als extremistische Straftaten 8 versuchte Tötungsdelikte gemeldet und 609 Personen verletzt.

6. Wie hoch ist der Schaden aus Sachbeschädigungen durch Rechts- bzw. Linksextremisten in diesem Jahr?

Über die Gesamtschadenshöhe aus Sachbeschädigungen durch rechts- bzw. linksextremistische Straftaten liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

7. Gibt es Hinweise darauf, dass Extremisten mit militanten Moslems kooperieren, und wenn ja, welcher Art sind sie?

Phänomenbereich PMK – links

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, dass Linksextremisten mit moslemischen Extremisten/Terroristen kooperieren.

Phänomenbereich PMK – rechts

Die politisch-ideologisch ausgerichtete rechtsextremistische Szene thematisiert den Irak-Konflikt und seine mögliche Eskalation auf breiter Basis. Es gibt Absichten, diesen Konflikt propagandistisch für eigene Zwecke zu nutzen.

Mit Ausnahme der Teilnahme von Horst Mahler und Udo Voigt an einer Veranstaltung der, seit dem 15. Januar 2003 mit einem Betätigungsverbot belegten, „Islamischen Befreiungspartei“ (Hizb ut Tahrir) am 27. Oktober 2002 in der TU Berlin liegen jedoch bislang keine Erkenntnisse über mögliche Annäherungen und Kontakte vor.

8. Nutzen die Extremisten auch das Internet für Störaktionen, und wenn ja, wie viele solcher Übergriffe hat es gegeben, welcher Art waren sie und welchen Schaden haben sie verursacht?

Der Bundesregierung liegen keine Hinweise vor, die Rückschlüsse auf gezielte Störaktionen mittels Internet durch extremistische Straftäter zulassen.

9. Ist die Kommunistische Plattform der PDS, von der einzelne Vertreter und Gliederungen oder Strukturen in Aktionsbündnissen mit gewaltbereiten Linksextremisten zusammenarbeiten (Verfassungsschutzbericht 2001), 2002 an Straftaten von Extremisten direkt oder indirekt beteiligt gewesen, und wenn ja, an welchen?

Die Beteiligung oder Zugehörigkeit von Personen zu politischen Parteien ist nicht Gegenstand polizeilicher Erhebungen.

10. Von welchen extremistischen Gruppierungen gehen derzeit die größten Bedrohungen für den demokratischen Rechtsstaat aus?

Ausländerextremistische Gruppierungen (internationale Netzwerke)

Gewaltbereite, ausländische extremistische Gruppierungen, wie die islamistische AL QAEDA, stellen derzeit das größte Bedrohungspotential bis hin zu terroristischen Anschlägen für die internationale Staatengemeinschaft so auch für die Bundesrepublik Deutschland dar. Die Aufklärung islamistischer Strukturen, Netzwerke, Personenverbindungen und Personen und des daraus resultierenden Gefährdungspotentials ist derzeit eine der zentralen Aufgaben der Sicherheitsbehörden.

Eine vergleichbare Bedrohung ist aus dem linken und rechten extremistischen Spektrum derzeit nicht erkennbar.

11. Wo liegen aus Sicht der Bundesregierung die Finanzierungsquellen der gefährlichsten extremistischen Gruppierungen?

Die entschlossene Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus ist wesentlicher Bestandteil der Politik der Bundesregierung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

Die bisherigen Erkenntnisse zeigen, dass extremistische/terroristische Zellen weitgehend autark handeln und sich dementsprechend überwiegend selbst, auch über allgemein kriminelle Straftaten (z. B. Kreditkarten-, Passfälschung, Rauschgifthandel bis hin zu Raubstraftaten) finanzieren.

Kennzeichnend für die Finanzierung terroristischer Gruppierungen hingegen ist deren Verknüpfung mit ihnen nahestehenden „wohltätigen/gemeinnützigen“ Organisationen. Spendengelder werden den terroristischen Gruppierungen direkt oder indirekt zur Verfügung gestellt.

12. Wie weit ist inzwischen der Aufbau der „Zentraldatei für linke Gewalttäter“ beim Bundeskriminalamt (BKA) vorangeschritten, wie viele Gewalttäter sind darin derzeit erfasst, sind auch Gewalttäter erfasst, die zum Umfeld der PDS gehören, und wenn ja, wie viele?

Der Aufbau der Zentraldatei für Gewalttäter – links „GEWA LINKS“ ist weitestgehend abgeschlossen. In ihr sind derzeit 1 247 Personen gespeichert.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 9 verwiesen.

13. Wie viele rechts- bzw. linksextremistische Zeitungen gibt es derzeit in Deutschland, und welche davon haben die größte Auflage bzw. Verbreitung?

Hinsichtlich einer detaillierten Darstellung der von linken und rechten Gruppierungen veröffentlichten Printmedien wird auf den Verfassungsschutzbericht 2001 der Bundesregierung verwiesen.

14. Gibt es Fälle, in denen extremistische Vereine mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden, und wenn ja, welche?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

15. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um extremistischen Gewalttätern und ihren Hintermännern wirksamer als bisher entgegenzutreten?

Die Bundesregierung begegnet extremistischer Gewalt bereits jetzt mit großer Entschlossenheit und Härte. Zentraler Bestandteil dieser Politik sind vor allem konkrete täter- und umfeldbezogene Maßnahmen.

Die darauf basierenden, zahlreichen phänomenspezifischen Bekämpfungskonzepte werden kontinuierlich evaluiert und bedarfsabhängig fortgeschrieben.

